

## Niederschrift

über die in der 11. Sitzung des Kreistages  
am 23.05.2016 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:37 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:37 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 19:24 Uhr

### anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Franken, Jürgen	Kranenburg
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Weber, Otto	Straelen
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Gorißen, Dietmar	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem

Wittenburg, Thomas  
Höhn, Birgitt  
Krystof, David  
Dr. Prior, Helmut  
Sickelmann, Ute  
Terkatz, Hans-Hermann  
Reuter, Tim  
Severin, Rainer  
Heinricks, Michael  
Natrop, Mathias  
Habicht, Kai  
Hayduk, Norbert

Issum  
Emmerich am Rhein  
Goch  
Kleve  
Emmerich am Rhein  
Straelen  
Geldern  
Kevelaer  
Kerken  
Kranenburg  
Kerken  
Geldern

entschuldigt sind

Engler, Gerd  
Friedmann, Peter  
Helbing, Peter  
Trenckmann, Bettina  
Währisch-Große, Elke

Goch  
Rees  
Kerken  
Goch  
Rheurdt

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Reynders, Rudolf  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Silke  
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Franken, Christina

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner. Es ergehen keine Wortmeldungen.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Ergänzungsvorlage Nr. 455a/WP14 vom 23.05.2016 zu Tagesordnungspunkt Nr. 19 der nichtöffentlichen Sitzung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Wortmeldung.

- - - - -

## **Öffentliche Sitzung**

- |     |   |                       |
|-----|---|-----------------------|
| 1.  | Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes  | 429/WP14              |
| 2.  | Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2017   | 446/WP14              |
| 3.  | Landtagswahl 2017<br>Bildung Kreiswahlausschuss   | 441/WP14              |
| 4.  | Ersatzwahlen<br>Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve  | 421/WP14              |
| 5.  | Ersatzwahlen<br>Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve  | 440/WP14              |
| 6.  | Ersatzwahlen<br>Finanz- und Kontrollbeirat des Theodor-Brauer-Hauses, Aufsichtsrat Haus Freudenberg GmbH, Stiftungsausschuss "Peter-Albers-Studienfonds" und Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Emmerich am Rhein und Rees sowie des Kreises Kleve | 427/WP14              |
| 7.  | Änderung der Rechnungsprüfungsordnung   | 417/WP14              |
| 8.  | Franziskussschule, Förderzentrum des Kreises Kleve, Förderschwerpunkte Sprache (Primarstufe) und Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung (Primarstufe und Sekundarstufe I) im integrativen Verbund<br>Antrag der Schulkonferenz auf Änderung des Schulnamens        | 422/WP14              |
| 9.  | Einrichtung eines dreijährigen Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" nach Anlage D der APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern (Teilnahme am landesweiten Schulversuch)          | 425/WP14              |
| 10. | Beschluss über den Jahresabschluss 2014, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses  | 448/WP14              |
| 11. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Mittelbare Beteiligung an der GDW NRW GmbH  | 450/WP14              |
| 12. | Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Kleve - Geldern<br>Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 23.02.2016 und Antrag der SPD vom 09.05.2016   | 412/WP14<br>412a/WP14 |
| 13. | Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs  | 436/WP14              |

- |   |          |
|---|----------|
| 14. Realisierung von Blühstreifen;<br>Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.02.2016               | 409/WP14 |
| 15. Flughafen Weeze<br>Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP<br>vom 23.02.2016 | 411/WP14 |
| 16. Mitteilungen  |          |
| 17. Anfragen  |          |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |  |          |
|--|----------|
| 18. Beteiligungsverwaltung<br>hier: Flughafen Niederrhein GmbH (FN GmbH); Zustimmung zum<br>Abschluss von Rechtsgeschäften | 451/WP14 |
| 19. Fusion von Sparkassen im Kreis Kleve   | 455/WP14 |
| 20. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve  | 461/WP14 |
| 21. Mitteilungen   |          |
| 22. Anfragen   |          |

-----

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 429 /WP14

Einführung und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes

---

Landrat führt Herrn Hayduk feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Abnahme der Verpflichtungserklärung und Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 446 /WP14

Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2017

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Ergebnis der bedarfsgerechten Ermittlung notwendiger Nachwuchskräfte werden im Einstellungsjahr 2017

4 Kreisinspektor-Anwärterinnen/Anwärter  
2 Kreissekretär-Anwärterinnen/Anwärter

eingestellt.

Darüber hinaus werden zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugendlichen im Kreis Kleve im Einstellungsjahr 2017

- 11 Auszubildende für den Beruf der / des Verwaltungsfachangestellten,
- 2 Auszubildende für den Beruf der Vermessungstechnikerin / des Vermessungstechniker und
- 1 Auszubildende/r für den Beruf der/des Fachinformatikerin/Fachinformatikers – Fachrichtung Systemintegration,

über den Bedarf hinaus eingestellt.

Die über den Bedarf hinausgehend zur Ausbildung vorgesehenen Bewerberinnen und Bewerber sind darauf hinzuweisen, dass eine Übernahmegarantie nicht ausgesprochen werden kann.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 441 /WP14

Landtagswahl 2017  
Bildung Kreiswahlausschuss

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

In den Kreiswahlausschuss zur Landtagswahl 2017 werden folgende Mitglieder/stellvertretende Mitglieder gewählt:

Mitglied

Ulrich, Ulrike  
Croonenbroek, Hubertina  
Lorenz, Manfred  
Rupp, Thorsten  
Wucherpennig, Brigitte  
Sickelmann, Ute

stellv. Mitglied

Seifert, Anna-Kristin  
Schreiber, Adolf  
Mulder, Andy  
Berg, Josef  
Eicker, Sigrid  
Währisch-Große, Elke

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 421 /WP14

Ersatzwahlen  
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Frau Dr. Berta Heins wird als Vertreterin für die Gemeinde Kranenburg in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 440 /WP14

Ersatzwahlen  
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Jürgen Hendricks wird als Vertreter für die Stadt Kevelaer in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt. Herr Gerhard Geurtz wird als Stellvertreter gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 427 /WP14

Ersatzwahlen  
Finanz- und Kontrollbeirat des Theodor-Brauer-Hauses, Aufsichtsrat Haus Freudenberg GmbH, Stiftungsausschuss "Peter-Albers-Studienfonds" und Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Emmerich am Rhein und Rees sowie des Kreises Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Herr Gerd Engler wird als ordentliches Mitglied im Finanz- und Kontrollbeirat des Theodor-Brauer-Hauses gewählt. Frau Andrea Kreutzmann wird als stellvertretendes Mitglied im Finanz- und Kontrollbeirat des Theodor-Brauer-Hauses gewählt.

2. Frau Irmgard Beckers wird als ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat Haus Freudenberg GmbH gewählt.

3. Frau Brigitte Wucherpfennig wird als stellvertretendes Mitglied im Stiftungsausschuss "Peter-Albers-Studienfonds" gewählt.

4. Herr Otto Weber wird als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Städte Emmerich am Rhein und Rees sowie des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 417 /WP14

Änderung der Rechnungsprüfungsordnung

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Rechnungsprüfungsordnung für die örtliche Rechnungsprüfung des Kreises Kleve wird in der beigefügten Neufassung beschlossen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 422 /WP14

Franziskusschule, Förderzentrum des Kreises Kleve, Förderschwerpunkte Sprache (Primarstufe) und Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung (Primarstufe und Sekundarstufe I) im integrativen Verbund  
Antrag der Schulkonferenz auf Änderung des Schulnamens

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 1 Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Franziskusschule, Förderschule des Kreises Kleve in Geldern, erhält mit Wirkung vom 01.08.2016 folgenden neuen Schulnamen:  
Gelderland-Schule  
Förderzentrum des Kreises Kleve  
Förderschule mit den Förderschwerpunkten  
Sprache (Primarstufe) und  
Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung (Primarstufe und Sekundarstufe I)  
im integrativen Verbund

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 425 /WP14

Einrichtung eines dreijährigen Bildungsganges "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" nach Anlage D der APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern (Teilnahme am landesweiten Schulvers

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf wird der dreijährige Bildungsgang "Berufliches Gymnasium im Fachbereich Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften" nach Anlage D APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern ab dem Schuljahr 2017/2018 bzw. zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzügig in Vollzeitform geführt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 448 /WP14

Beschluss über den Jahresabschluss 2014, die Entlastung des Landrates und die Behandlung des Jahresergebnisses

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss 2014 in der durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Fassung fest.

2. Dem Landrat wird gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW die vorbehaltlose Entlastung erteilt.

3. Der in 2014 entstandene Jahresfehlbetrag wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 976.802,61 EUR gedeckt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 450 /WP14

Beteiligungsverwaltung  
hier: Mittelbare Beteiligung an der GDW NRW GmbH

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Kreis Kleve stimmt als Gesellschafter der Haus Freudenberg GmbH der Veräußerung der Geschäftsanteile der Haus Freudenberg GmbH an der GDW NRW GmbH zu.
2. Die Vertreter des Gesellschafters Kreis Kleve im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Haus Freudenberg GmbH werden beauftragt, den notwendigen gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen zuzustimmen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 412 /WP14

Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Kleve - Geldern  
Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 23.02.2016

---

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 4 Gegenstimmen und verweist auf den ergänzenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

KTM Düllings trägt vor, dass es auf der Strecke immer wieder Probleme geben würde. Daher bestehe die Pflicht, sich für eine deutliche Verbesserung einzusetzen. Der Landrat solle seine Möglichkeiten in den Gremien nutzen, um sich für den langfristigen zweigleisigen Ausbau einzusetzen. Dem 1. Teil des Antrages der SPD könne man zustimmen. Er schlägt vor, dass der Tenor des Antrages der CDU und FDP um den 1. Teil des Antrages der SPD ergänzt wird, in dem dieser Punkt als Halbsatz angehängt wird. Der 2. Teil des Antrages werde abgelehnt. Der Kreistag habe sich, was die Kosten des SPNV angeht, immer sehr deutlich positioniert. Aus dem Haushalt sei z.B. keine SPNV-Umlage zu tragen. Dabei solle es bleiben. Eine Diskussion über Kosten sei zum jetzigen Zeitpunkt falsch. Die Rechtslage sei hier eindeutig. Es werde befürchtet, dass die eigentlich gemeinsame Position hierzu aufgeweicht wird. Auch seine Fraktion wünsche sich eine gemeinsame Positionierung aller Fraktionen im Kreistag.

KTM Franken erläutert den ergänzenden Antrag seiner Fraktion. Sollte dem Antrag seiner Fraktion zugestimmt werden, sehe seine Fraktion durchaus Bewegungspotential dem Antrag von CDU

und FDP zuzustimmen. Das erste Anliegen sei, dass die im ÖPNV-Bedarfsplan angemeldeten Vorhaben zur Herstellung weiterer zweigleisiger Abschnitte realisiert werden. Dies sei eine realistische Forderung. Das zweite Anliegen sei, dass der Kreistag darauf Wert legen soll, dass die Kommunen keine Kosten tragen müssen. Dies solle schriftlich fixiert werden. Mit dem Vorschlag von KTM Düllings hinsichtlich des 1. Teils des Antrages seiner Fraktion sei er einverstanden. Der Kreistag solle sich jedoch hinsichtlich der Kosten für die kreisangehörigen Kommunen positionieren. Dies schade nicht, da es sich nur um eine Feststellung handelt. Seine Fraktion habe sich bewegt und daher bittet er um einen gemeinsamen Beschluss. Die vorgetragenen Argumente, warum die klarstellende Feststellung hinsichtlich der Kosten nicht aufgenommen werden soll, könne er nicht nachvollziehen. Fast habe er den Eindruck, als ob CDU und FDP dem 2. Teil des Antrages seiner Fraktion nicht zustimmen möchten, weil sie es nicht ausschließen wollen, dass die Kommunen finanziell nicht belastet werden. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion die Begründung des Antrages von CDU und FDP (Zugunglück in Bayern) nicht mitträgt.

KTM Prof. Dr. Klapdor ist der Ansicht, dass man Selbstverständlichkeiten nicht sagen sollte und dass, was nicht selbstverständlich ist, sollte man sagen. Aus Sicht seiner Fraktion sei es nicht selbstverständlich, dass der komplette zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke zeitnah realisiert wird. Daher sollte die Forderung erhoben werden. Die Kostenbelastung der Kommunen stehe nach der rechtlichen Lage selbstverständlich nicht in Rede. Daher solle dieser Punkt nicht betont werden. Andernfalls würde man seine Position untergraben. Es sei nicht der richtige Zeitpunkt für eine Diskussion über die Kosten. Der Vorwurf, dass eine Hintertür offen gelassen werden soll, wird zurückgewiesen. Eine einheitliche Positionierung aller Kreistagsfraktionen sei gewünscht.

KTM Wucherpfeffig äußert, dass ihre Fraktion etwas feststelle, was in Zukunft anders sein könnte. Es werde konkret festgestellt, dass der Kreistag darauf Wert lege, dass die Kommunen nicht mit Kosten belastet werden. Dies habe nichts mit irgendwelchen Befürchtungen zu tun und sei nichts Neues.

KTM Heinrichs ist der Ansicht, dass die Feststellung, dass die Kommunen keine Kosten tragen sollen, gerade für die Bevölkerung klarstellend sei. Dies nehme die Schärfe aus einer evtl. entstehenden Diskussion über die Kosten. Der 2. Teil des SPD-Antrages schade nicht. Die Bevölkerung kenne die gesetzlichen Regelungen und Vorschriften nicht.

Landrat weist darauf hin, dass die SPD im 2. Teil des Antrages hinsichtlich der Kosten nur auf die Kommunen Bezug nimmt. Es stehe nichts zum Kreis, zum NVN, VRR etc.. Daher stelle er sich die Frage, ob es nicht konstruktiver sei, zu sagen, wer die Kosten übernehmen solle. Er könne sich nicht daran erinnern, dass jemals Kommunen des Kreises bei der Strecke für den Gleisbau an irgendwelchen Kosten beteiligt worden seien. Es solle nicht der Eindruck entstehen, als ob der Kreis die Kosten trage.

KTM Krystof berichtet von einem Artikel aus dem Jahr 2009. Dort wurde berichtet, dass aufgrund eines neuen Betreibers die Nordwestbahn pünktlicher sein werde. Dies habe nicht so gut funktioniert. Dies sei sicherlich der Grund, dass das Thema heute diskutiert werde. Die Intention der Anträge sei daher zu begrüßen. Zu der Finanzierung würde es eine eindeutige Rechtslage geben. Ein Kompromiss, hinter dem alle Fraktionen stehen, wäre wünschenswert.

Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.05.2016 hinsichtlich des zweiten Spiegelstrichs mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen ab.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve beauftragt den Landrat, sich in den Gremien des NVN und des VRR für den vordringlichen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Kleve - Geldern bei gleichzeitiger Elektrifizierung der Bahnstrecke Kleve - Krefeld einzusetzen, dabei sollten die im ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017 durch den VRR und der Stadt Krefeld angemeldeten Vorhaben zur Herstellung weiterer zweigleisiger Abschnitte schnellstmöglich realisiert werden, um den Zugverkehr auf der Strecke zu verbessern.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 436 /WP14

Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 2 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen

Beschluss:

Da eine erhebliche Härte bei den Aufwendungen für kommunale Leistungen im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung gemäß § 5 AG SGB II NRW im Jahr 2015 nicht eingetreten ist, scheidet die Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2015 aus. Eine Härteausgleichssatzung 2015 wird somit nicht erlassen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 409 /WP14

Realisierung von Blühstreifen;  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.02.2016

---

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 6 Gegenstimmen.

KTM Franken führt aus, dass seine Fraktion gerne gesehen hätte, wenn weitere Blühstreifen an den Kreisstraßen realisiert worden wären. Die seitens der Verwaltung aufgeführten Gefahren sieht seine Fraktion nicht in dem Maße. Fakt sei, dass ein erheblicher Überschuss an Ausgleichsmitteln vorhanden ist.

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnt. Dies hänge nicht damit zusammen, dass keine Blühstreifen gewünscht sind. Ihre Fraktion lobt den Kreis für das, was er schon macht. Auch sei dem zuzustimmen, dass Blühstreifen an viel befahrenen Straßen keinen Sinn machen. Jedoch hätte sich ihre Fraktion eine andere Formulierung des Beschlussvorschlags mit einer entsprechenden Modifizierung gewünscht. Bei weniger befahrenen Kreisstraßen, Radwegen etc. bestehe noch Handlungsspielraum.

KTM Weber weist darauf hin, dass im Antrag seiner Fraktion nichts von viel befahrenden Straßen steht. Es sei von Kreisstraßen und -wegen und weiteren geeigneten Bereichen die Rede. Die Reduzierung auf viel befahrene Straßen war keineswegs vorgesehen. Dies sei in der Diskussion leider nicht deutlich geworden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 17 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 411 /WP14

Flughafen Weeze

Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 23.02.2016

---

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 2 Gegenstimmen.

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass das Anliegen fast einhellig von allen Fraktionen des Kreistages getragen werde. Es sei nicht verständlich, welche Abstufungen an Flughäfen seitens der Landesregierung noch vorgesehen seien. Daher solle deutlich gemacht werden, wie wichtig der Flughafen Weeze ist. Mit großem Interesse habe er die konzeptionellen Überlegungen der GRÜNEN im Landtag zur Kenntnis genommen. Daher hoffe er auf einen gemeinsamen Standpunkt aller Kreistagsfraktionen.

KTM Dr. Prior zeigt sich überrascht, dass die FDP als Verfechter der Marktwirtschaft auf zentral-planerische Maßnahmen setzt. Die GRÜNEN würden als Einzige auf ökologische Marktwirtschaft setzen. Das Konzept der GRÜNEN im Landtag sage über den Flughafen Weeze nichts. Dies habe anders in der Zeitung gestanden. Der Kern des Konzeptes sei, dass aus ökologischen Gründen nicht immer mehr Flugverkehr zugelassen werden könne. Somit müssen Kosten integriert werden (z.B. eine Lärmabgabe). Dies habe sicherlich Folgen. Ob dies zu mehr Flügen in Weeze führt, sei dahingestellt. Das Grundkonzept seiner Fraktion sei, dass der Luftverkehr nicht weiter ausgebaut werden soll. Gerade bei Kurz- und Mittelstrecken solle auf die Bahn gesetzt werden.

KTM Heinrichs äußert, dass laut Zeitungsberichten die GRÜNEN im Landtag sagen, dass der Flughafen Weeze verkehrspolitisch wichtig sei und ein Ausgleichsflughafen zu Düsseldorf sein könnte. Aber ausgerechnet die Kreistagsfraktion, in der der Flughafen Weeze liegt, wehre sich seit Jahren gegen den Flughafen. Zum Thema Lärm sei zu sagen, dass der Flughafen Weeze damals ein Militärflughafen war und damit sicherlich viel lärmintensiver als jetzt. Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde dauernd auf die finanziellen Belastungen des Flughafens verweisen. Jetzt könne dafür gesorgt werden, dass der Flughafen finanziell auf die Beine gestellt werde. Der Flughafen Weeze sei wichtig für den Kreis.

KTM Ulrich stellt dar, dass es zwingend notwendig sei, dass die Landesbedeutsamkeit des Flughafens festgestellt werde. 2010 habe die rot-grüne Regierung angekündigt, das Verkehrskonzept zu überarbeiten bzw. ein neues Konzept auf den Weg zu bringen. Bisher sei dies nicht passiert. Sie zitiert aus einem Zeitungsartikel die Stellungnahme des verkehrspolitischen Sprechers der GRÜNEN im Landtag. Diese sei erfreulich und dem könne man sich anschließen. Daher fordere sie die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, sich der Resolution anzuschließen.

KTM Prof. Dr. Klapdor erwidert auf die Anmerkungen von KTM Dr. Prior zur Marktwirtschaft, dass das Land den Landesentwicklungsplan plane und dies nichts mit der Haltung zur Marktwirtschaft zu tun habe. Wenn andere planen, müsse man darauf achten, dass man nicht überplant werde. Hinsichtlich der Aussagen in der Zeitung möchte er erwähnen, dass der Kreissprecher der GRÜNEN auf Facebook den Zeitungsartikel geteilt und positiv kommentiert habe.

KTM Dr. Prior führt aus, dass die Position der Kreistagsfraktion bei den GRÜNEN im Landtag bekannt sei. Das angesprochene Positionspapier sei im Internet zu finden. Es handele sich um ein gutes Konzept. Man beginne im Luftverkehr Kosten einzubauen, damit der Luftverkehr sich nicht noch mehr ausweitet. Seine Fraktion erwarte nicht, dass der Flughafen Weeze im Fall der Umsetzung des Konzeptes hiervon profitiert.

KTM Franken möchte auf die Resolution zurückkommen. Im Landesentwicklungsplan würde es eine Klassifizierung von landesbedeutsamen und nicht landesbedeutsamen Flughäfen geben. Er wünscht sich, dass es keine Klassifizierung geben würde und alle Flughäfen die gleichen Entwicklungschancen hätten. Dies sei jedoch nicht so und deshalb wird der Resolution zugestimmt. Anders als vom Kreissprecher der GRÜNEN behauptet, sei der Flughafen Weeze keinesfalls als schwächelnder Regionalflughafen anzusehen.

KTM Sickelmann stellt dar, dass sie es als Aufgabe der Kreistagsmitglieder sieht, dass die Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Kreis im Auge behalten wird. Daher möchte sie der Aussage von KTM Heinrichs hinsichtlich des Lärms ausdrücklich widersprechen.

KTM Reuter meint, dass der Flughafen Weeze bisher von seiner Fraktion nicht als landesbedeutsam angesehen wird. Seine Fraktion hoffe jedoch, dass sich dies zukünftig durch Ansiedlung von anderen Fluggesellschaften ändert. Eine optimale Flugverteilung zwischen Weeze und Düsseldorf sei wünschenswert. Der Resolution werde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschluss:

Die Resolution wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die Verwaltung wird gebeten, die Resolution an das Land Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 408 /466/469/WP14

Mitteilungen

---

Kreistag nimmt Kenntnis.

KTM Franken erinnert daran, dass das Thema Breitbandkoordinator/Breitbandkoordinatorin bereits in den Haushaltsberatungen angesprochen wurde. Damals sei angedacht worden, dass die Stelle der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zugeordnet werden soll. Er erkundigt sich, ob dies noch aktuell ist.

Landrat antwortet, dass er optimistisch ist, dass dies erreicht werde. Es sei jedoch so, dass aufgrund der Fördermodalitäten des Landes eine unmittelbare Anbindung an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht möglich sei. Antragssteller könne nur der Kreis sein. Daher werde darüber

nachgedacht, dass der Kreis als Anstellungskörperschaft auftritt und die Person dann an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft abgeordnet wird. Daher sei auch beabsichtigt, dass der Wirtschaftsförderer bei der Auswahl mitentscheidet.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Anfragen

---

KTM Heinrichs erwähnt, dass der Night-Mover ins Leben gerufen worden sei, damit die Jugendlichen abends sicher nach Hause kommen und hierbei finanziell unterstützt werden. Er erkundigt sich nach einem sogenannten Nachttelefon. Unter einer bestimmten Nummer können Jugendliche, wenn sie nachts zu Fuß nach Hause gehen, anrufen und mit einem Sozialarbeiter telefonieren. Er erkundigt sich, ob auf der Homepage des Kreises darauf hingewiesen werden könnte.

Landrat bittet um schriftliche Einreichung der Frage, damit diese schriftlich beantwortet werden kann.

KTM Reuter findet es positiv, dass der Einsatz eines Breitbandkoordinators/einer Breitbandkoordinatorin vorgesehen ist. Er möchte wissen, warum dieser jetzt für notwendig gehalten wird. Vor ein paar Monaten sei dies noch nicht der Fall gewesen.

Landrat stellt klar, dass es sich nicht um einen Sinneswandel handelt. Vor ein paar Monaten sei darauf hingewiesen worden, dass eine intensive Diskussion mit den Kommunen stattgefunden habe. Tendenziell haben die Kommunen damals dafür plädiert, dass kein Breitbandkoordinator/Breitbandkoordinatorin auf der Kreisebene angesiedelt wird. Diese Diskussion sei aber noch nicht abgeschlossen gewesen. Zwischenzeitlich habe man sich weiter informiert und über Vor- und Nachteile berichten lassen. Jetzt sei einmütig darum gebeten worden, dass man auf Kreisebene eine entsprechende Stelle ansiedelt. Daher sei mit der Wirtschaftsförderung gesprochen worden. Es habe sich somit um einen Prozess der Entscheidungsfindung gehandelt.

KTM Wucherpfennig erinnert daran, dass der Kreis Kleve seit einiger Zeit für die Bezahlung der Integrationshelfer/Integrationshelferinnen zuständig sei. Diese seien bei Wohlfahrtsverbänden oder mit Einzelverträgen angestellt. Sie sei von einem jungen Familienvater und gelernten Erzieher angesprochen worden. Ihm sei von seinem Arbeitgeber gesagt worden, dass der Kreis ab dem 01.07. oder 01.08. eine Vereinbarung mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege geschlossen habe, wonach in Zukunft pro Monat nur 75% des Gehaltes ausgezahlt wird und dann die spitze Stundenabrechnung erfolgen muss und nach einem halben Jahr werde aufgerechnet. Wenn dies so ist, finde sie dies sehr bedenklich. Sie würde sich freuen, wenn dem nicht so ist.

Landrat zeigt sich verwundert. Die Integrationshelfer und Integrationshelferinnen seien nicht beim Kreis beschäftigt. Er bezweifelt, dass ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer nur 75% des geschuldeten Gehaltes ausbezahlt. Dies sei eine Frage des Vertragsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und -nehmer. Jedoch werde die Frage von KTM Wucherpfennig schriftlich beantwortet. Er bittet KTM Wucherpfennig für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

KTM Habicht spricht ein Antwortschreiben der Kreisverwaltung vom 14.12.2015 an. Dort sei ihm mitgeteilt worden, dass eine Rückzahlung der angesprochenen Fahrtkosten in vollem Umfang erfolgt sei. Er erkundigt sich nach der konkreten Höhe. Weiterhin habe er in der Vergangenheit nachgefragt, ob durch KTM Heinrichs Beweise für die in öffentlicher Kreisausschusssitzung erhobenen Anschuldigungen (Bedrohung KTM Heinrichs und Familie sowie KTM Natrop) vorgelegt worden seien. Hierzu habe er bisher keine Antwort erhalten. Durch die falschen Behauptungen sehe er

seinen Ruf gefährdet. Daher bittet er um Beweise oder um Entschuldigung. Darüber hinaus wirft er KTM Heinrichs vor, dass dieser seine persönlichen Daten und Termine öffentlich stellt, mit dem Wissen, dass massiv gegen AfD-Mitglieder gegen Körper und Eigentum vorgegangen wird. In seiner letzten Frage spricht KTM Habicht ein Schreiben eines Bürgers zum Thema Flughafen Niederrhein an und erkundigt sich, inwiefern die Anschuldigungen die dieser erhebt, wahr sind.

Landrat sichert die schriftliche Beantwortung der Anfragen von KTM Habicht zu. Die letzte Frage von KTM Habicht werde nicht kommentiert.

KTM Reuter deutet an, dass die auf der Homepage des Kreises Kleve veröffentlichten Daten zu den Kreistagsmitgliedern dazu missbraucht würden, um bei der Plattform eBay gefälschte Konten zu erstellen und darüber Ware anzubieten, die dann nicht versendet wird. Dadurch käme es zu Ermittlungen in Richtung der Kreistagsmitglieder. Er erkundigt sich, ob der Verwaltung dies bekannt sei.

KTM Prior bestätigt, dass er auch von den Vorfällen betroffen sei und erkundigt sich nach weiteren betroffenen Personen.

Landrat erklärt, dass der Verwaltung dies bisher nicht bekannt gewesen sei und im Übrigen auch keine Angelegenheit des Kreises sei. Jedes Kreistagsmitglied müsse individuell Strafanzeige stellen, da die Privatsphäre betroffen sei. Er bietet an, dass die betroffenen Kreistagsmitglieder dies dem Kreistagsbüro mitteilen können und mit deren Einverständnis würden die Fraktionen eine Übersicht über alle betroffenen Personen erhalten.

KTM Heinrichs erkundigt sich, ob die ihm zugesandte Konzeption des Raumbedarfes der Berufskollegs Geldern und Kleve nichtöffentlich sei.

Ltd. KVD Boxnick antwortet, dass es sich um ein internes Arbeitspapier zwischen dem Gutachter und den Schulleitern handelt und die Konzeption des Raumbedarfs somit nichtöffentlich sei.

KTM Palmen weist darauf hin, dass in dem Gutachten zur Schulentwicklungsplanung auf das Arbeitspapier hingewiesen wird und dort nicht von einem internen Papier die Rede sei.

KTM Poell ergänzt, dass die Diskussion überflüssig sei, da das Papier in den Schulen schon diskutiert und ausgewertet worden sei.

Landrat stellt klar, dass es sich um ein internes und nichtöffentliches Arbeitspapier handelt. Der Umstand, dass es das Papier geben würde, sei öffentlich. Nichtöffentlich seien jedoch die Inhalte. Nur auf Bitte und mit Erlaubnis des Gutachters sei es für den bestimmten Zweck nutzbar. Die Schulleitungen hätten das Papier intern mit ihren Dienstkräften diskutiert. Dies sei ihnen unbenommen. Dies würde jedoch nicht bedeuten, dass das Papier öffentlich sei. Die Vertraulichkeit ist zu wahren.

- - - - -